

Antrag der KAB der Erzdiözese Wien zum Thema Steuergerechtigkeit

Die KAB stellt den Antrag auf größere Steuergerechtigkeit in Österreich. Die Lasten des Sozialstaates werden immer mehr dem Faktor „Arbeit“ aufgebürdet, während der Faktor „Kapital“ zunehmende Entlastung erfährt.

Begründung:

- Einkommen aus Erwerbsarbeit werden in Österreich weit höher besteuert als Einkommen aus Vermögen oder Vermögen selbst. Vermögen werden in Österreich sehr privilegiert (das heißt gering oder gar nicht) besteuert. Über 90% aller Steuern in Österreich kommen aus den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung, jedoch nur 6% von den weit größeren Geld- und Sachvermögen.
- Es sollte ein gerechteres Verhältnis bei den Steuern hergestellt werden. Gewinnmachende Unternehmen und Konzerne wurden durch die Steuerreform 2005 erheblich entlastet (Senkung der Körperschaftssteuer, Einführung der Gruppenbesteuerung), Sozialleistungen und Sozialversicherungsleistungen für einkommensschwache und armutsgefährdete Haushalte wurden dagegen in den letzten Jahren mehrfach gekürzt. **Alle sollten einen gerechten und angemessenen steuerlichen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten.** Steuer- und Abgabenrückstände sollten beglichen werden.
- **Privatstiftungen** haben in Österreich enorme Steuerprivilegien (z.B. 200 Jahre Befreiung von der Erbschaftssteuer), deren Vorteile für die Allgemeinheit nicht mehr nachvollziehbar sind. Diese steuerlichen Privilegien sollten verringert und der Ertrag zur Verringerung der Armut in Österreich eingesetzt werden. Auch Spekulationsvermögen (in Form von Grundstücken oder Wertpapieren) wird in Österreich ebenfalls sehr privilegiert (das heißt kaum bis gar nicht) besteuert. Auch das Bankgeheimnis sollte nicht länger zur Steuerflucht dienen.